Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 194. **Mittwoch** den 13. Juli 1881. **75. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 16. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 3. August dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1434. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1881/82. Vom 27. Juni 1881.

Nr. 1435. Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher. Vom 29. Juni 1881.

Leipzig, den 11. Juli 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Die von uns am 14. Juni ds. Jrs. zur anderweiten Verpachtung versteigerten, der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen und in **Gohlis er Flur** gelegenen **Feldparcellen**

Nr.	481 des alten, 500 des neuen	Fürbachs
	482 des alten	
"	334 des neuen, 483 des alten	
"	345 des neuen, 484 des alten	
"	340 des neuen, 485 des alten	
"	290 des neuen, 486 des alten	
"	276 des neuen	

sind **verpachtet** und es werden daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die **unberücksichtigt gebliebenen Bieter ihrer Gebote** hiermit **entlassen.**

Leipzig, den 7. Juli 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Der von uns **zum Verkaufe des an der Ecke der äußeren Fregestraße** und **der Straße an der alten Elster** gelegenen **Bauplatzes Nr. 24** des betreffenden Parcellirungsplanes auf **Donnerstag, den 14. dieses Monats** anberaumte **Versteigerungstermin** wird hiermit **wieder aufgehoben.**

Leipzig, den 11. Juli 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 13. Juli.

David Kalakaua, Seines Namens der Erste, König und Beherrscher der Sandwichs-Inseln, hat, wie aus Rom gemeldet wird, seine Reiseroute geändert und sich in Begleitung seines Staatsministers Armstrong und des Obersten Hartings von Italien über Paris, ohne daselbst Aufenthalt nehmen zu wollen, nach London begeben. Der junge Souverain gedenkt dort einigen Sitzungen des englischen Parlaments beizuwohnen, in denen Fragen, die sein Reich interessiren, zur Verhandlung gelangen sollen. Von England beabsichtigt er nach Schweden und Rußland zu gehen und dürfte sodann auf der Rückreise von Petersburg nach Berlin kommen. Seine Majestät wünscht Deutschland zu besuchen, um zu sehen, ob die Verhältnisse geeignet sind für seine großen Pläne, welch letztere dahin zielen, den Strom der Auswanderung nach den Sandwichs-Inseln zu leiten.

Was den König auf diesen Gedanken gebracht hat, ist offenbar die reißend schnelle Abnahme der einheimischen Bevölkerung, der sog. Kanaken, der Nachkommlinge der Ureingeborenen jener Inseln. Diese Eingeborenen (polynesisch-malayischer Rasse) sind jetzt schon unter 50,000 gesunken, während sich vor 50 Jahren ihre Zahl noch auf über 130,000 belief. Der berühmte Seefahrer Cook, der 1778 die Sandwichsinseln entdeckte, schlug die Zahl der Bevölkerung noch auf 400,000 an. Woher diese rasche Abnahme kommt, weiß man nicht; die Kanaken sind zwar der fleißigste und intelligenteste aller eingeborenen Stämme, sie sollen aber die ihnen angewöhnte europäische Lebensweise nicht vertragen können. Die Könige der Sandwichs-Inseln haben sich seit langer Zeit mit den Europäern befreundet; sie zogen Europäer ins Land, schufen ein Heer und eine Flotte, machten Europäer zu Ministern, riefen europäische Künstler herbei u. s. w. So kam man auch endlich dahin, den Sandwichsinseln eine Verfassung zu geben, die leidlich freisinnig ist; man kann indessen sagen, daß dieses Reich constitutioneller regiert und verwaltet wird, als mancher Staat im alten Europa. Auch ist das stehende Heer nur 75 Mann stark; alles Uebrige ist Bürgermiliz. Die Sandwichsinseln weisen einen blühenden Handel auf und vor fünf Jahren überstieg der Werth der Ausfuhr den der Einfuhr um eine halbe Million Dollars.

Der Beherrscher dieses wundersamen Staatswesens reist nun in Europa umher und sucht Bürger für seinen Staat zu werben. Was man im Allgemeinen von den Sandwichs-Inseln hört, ist nicht ungünstig; sie sind fruchtbar und reich an vielen Artikeln, die im Handel vortrefflich zu verwerthen sind. Dazu kommt, daß auf den Sandwichs-Inseln ganz geordnete Zustände herrschen; die Verfassung garantirt Religionsfreiheit; es ist für genügenden Unterricht gesorgt und eine den Verhältnissen nach ganz respectable Rechtspflege vorhanden. Die Eingeborenen sind sanften Charakters und durchaus zugänglich und freundlich, zeigen auch große Neigung für alles europäische Wesen. Die früher gebräuchlichen Opfer von Menschen hat man längst abgeschafft. Und bei alledem, bei diesem vollendeten Triumph der Civilisation haben wir die seltsame Erscheinung zu verzeichnen, daß die Eingeborenen auf den Aussterbeetat gesetzt sind! Dies regt zum Nachdenken an, und es würde offenbar gut sein, wenn die Behörden sich bestrebten, genaue Kunde über die Verhältnisse im Reiche Kalakaua's zu erhalten. Denn bei der gegenwärtigen Hochfluth der Auswanderung werden zweifellos Tausende sich bereit finden lassen, unter nur einigermaßen annehmbaren Bedingungen nach den Sandwichs-Inseln zu gehen und sich daselbst anzusiedeln. Vor allen Dingen würde es sich darum handeln, genau zu erfahren, wie das Klima auf den Europäer einwirkt und ob er dasselbe auf die Dauer zu ertragen im Stande ist. Schließlich müßte eine Garantie dafür geschaffen werden, daß die in Hawaii ankommenden Europäer nicht geprellt werden, indem man Gelegenheit haben müßte, sich vorher über die Verhältnisse des Landes genau zu unterrichten. Das wäre der beste Schutz dagegen, daß sich, wie so oft, geldgierige Speculanten der Sache bemächtigten und dieselbe nach ihrem Belieben ausnutzen könnten.

Die Zustände mögen auf den Sandwichs-Inseln in so mancher Beziehung geordneter und sicherer erscheinen als in manchem Staate des westlichen Theils der nordamerikanischen Union, wo es immerhin noch Territorien giebt, die von der Civilisation des Ostens sehr wenig aufzuweisen haben. Aber Garantien müssen bestehen, bevor man den Mitbürgern, welche einmal zur Auswanderung genöthigt sind, rathen kann, die Sandwichs-Inseln zu ihrem Ziel zu machen. Der König Kalakaua wird für solche Garantien sorgen müssen, wenn er mehr europäische Ansiedler in seinen Staat bekommen will, und er wird es den Europäern auch nicht verdenken wollen, wenn sie lieber nach den Vereinigten Staaten wandern, so lange in Australien, resp. in Hawaii auch kein festerer Anhaltspunct geschaffen ist, als gegenwärtig. Der australische König wird sich jetzt sagen müssen, daß sein bisher Wunsch, es möchten sich Europäer bei ihm ansiedeln, noch gar Nichts bedeutet. Wenn Deutsche ihre Heimath verlassen, um Hawaii zu besiedeln, so erweisen sie damit dem König Kalakaua nach Lage der Dinge eine große Gefälligkeit und seine Sache wird es sein, zu beweisen, daß er dies auch so auffaßt und daß er bereit ist, unseren Mitbürgern auf halbem Wege, wie man sagt, entgegen zu kommen.

Ueber die neue Phase der Donaufrage wird uns von guter Hand aus Berlin geschrieben: „Vor Kurzem waren wir in der Lage, mitzutheilen, daß seitens des Wiener Cabinets neue Vorschläge in Betreff der europäischen Donaucommission gemacht worden sind, mit deren Prüfung die Mächte sich zur Zeit beschäftigen. Schon damals konnte darauf hingewiesen werden, daß die persönlichen Vorschläge des Barons Haymerle es namentlich England schwer machen müßten, die Politik der Hemmungen und Ausflüchte fortzusetzen, welche die bisherigen Arbeiten der verwöhnten Commission brach gelegt hat. Jetzt verlautet über den Inhalt der österreichischen Note einiges Nähere.

Bekanntlich handelt es sich in dieser wichtigen Frage darum, daß neben und unter der europäischen Donaucommission, wie sie durch den Pariser Frieden von 1856 gebildet worden ist, eine engere Uferstaatencommission, bestehend aus Oesterreich-Ungarn, Serbien, Rumänien und der Pforte (für den Vasallenstaat Bulgarien), errichtet werden soll, und daß die kleineren der genannten Staaten, von England offen unterstützt, dem berechtigten Verlangen des Kaiserstaats entgegen sind, die entscheidende Stimme zu führen. In allen Stadien der in Galatz geführten Verhandlungen hat Deutschland mit größtem Wohlwollen die Rolle des Vermittlers durchgeführt. Es hat die befreundete Großmacht sogar dazu vermocht, von dem Anspruch auf das Präsidium Abstand zu nehmen und statt dessen nur das ausschlaggebende Votum bei Stimmengleichheit zu verlangen. Jedoch auch dieses Entgegenkommen genügte dem Cabinet Gladstone nicht, welches die Verdrängung des englischen Einflusses von der unteren Donau, nicht mit Unrecht, fürchtet und dessen Vertreter im Laufe der Conferenzen die merkwürdige Entdeckung machte, daß die Uferstaatencommission (obwohl sie durch den Berliner Vertrag von 1878 vorgesehen ist) sich überhaupt nicht ins Leben rufen lasse, weil sonst die garantirten Aufsichtsrechte der größeren Donaucommission verletzt würden. Auf diesen todten Punct war die Angelegenheit geführt, als sich die Commission vor einigen Wochen vertagte, und auf diesen todten Punct würde sie sich heute noch befinden, wenn nicht die neuen Vorschläge Oesterreich-Ungarns die Aussicht auf eine gedeihlichere Fortsetzung der Conferenzen eröffneten. Hatte man in London befürchtet, daß die engere Commission ganz unter der Botmäßigkeit des Wiener Cabinets gerathen und dieses die europäische Donaucommission nach und nach aus den Angeln heben könnte, so macht jetzt Baron Haymerle das schwerwiegende Zugeständniß, sich ein ausgedehntes Control- und Ueberwachungsrecht der übrigen Mächte gefallen zu lassen.

In welcher Weise dasselbe geregelt werden soll, darüber sind noch Bestimmungen zu treffen, die aber kaum Schwierigkeiten machen würden, sobald sich die Mächte über das Princip geeinigt. Und daß sie es thun werden, darüber ist man in der höheren deutschen Diplomatie kaum im Zweifel. Das Verhalten Oesterreich-Ungarns, welches von Positionen zu Positionen zurückgegangen, mag auf das rivalisirende England (geschweige denn auf die kleineren Donaustaaten) den Eindruck der Schwäche machen; indessen schon der Umstand, daß alle seine Schritte in dieser Angelegenheit unter der sielen Mitwissenschaft und dem Beirath des Fürsten Bismarck gethan wurden, sollte das Schiefe dieser Auffassung darlegen. Thatsächlich hat das Wiener Cabinet jetzt eine Position gewonnen, in welcher es das ausschlaggebende England zwingen kann, mit ihm zu pactiren. Denn so wenig Interesse man in England für die Uferstaatencommission zeigt, so viel Interesse hat man für den ungeschmälerten Fortbestand der europäischen Donaucommission. Das Mandat dieser letzteren aber läuft am 1. April 1883 ab und es liegt auf der Hand, daß es für keine der Mächte von Vortheil sein kann, in den bevorstehenden bezüglichen Verhandlungen auf die Gegnerschaft Oesterreich-Ungarns zu stoßen!

Die kirchenpolitische Frage zeitigt wieder einmal eine Reihe von Gerüchten, denen gegenüber ein gewisses Mißtrauen stets gerechtfertigt sein wird, die aber andererseits doch nicht so kurzerhand abzuweisen sind, weil sie mit zu den Anzeichen der Lage gehören. Kein Zweifel, daß der neue preußische Cultusminister die niemals ganz abgerissenen Unterhandlungsfäden mit Rom straffer angezogen hat. Aber in welcher Richtung sich diese Unterhandlungen z. B. bewegen, welche Erfolge im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung bereits erzielt worden und welche Consequenzen sich für die Gesetzgebung der nächsten Zukunft ergeben, darüber fehlt es selbst dort an Klarheit, wo man sonst einen Widerhall der Stimmungen innerhalb der Regierung findet. Herr v. Goßler ist in der That ein ungewöhnlich verschwiegener Minister, der selbst den Officiösen keine Gelegenheit giebt, sich mit ihm zu beschäftigen und seinen Ruhm zu singen. Sollte es ihm gelingen, die Curie in der Trier Bisthumsverweserfrage zum Entgegenkommen zu bewegen, so hätte er freilich eine diplomatische Gewandheit bewiesen, die genug für sich selber spräche. Daß die schwebenden Verhandlungen sich auf die Ersetzung des Herrn de Lorenzi durch eine dem Staat genehmere Persönlichkeit mitbeziehen, darf als Thatsache vorausgesetzt werden, aber alle Meldungen, die von einem günstigen Ergebniß schon jetzt zu sprechen wissen, nehmen Wünsche für Wirklichkeiten. Wie sollte sich auch der Vatican mit Concessionen beeilen, wo das Centrum noch alle Karten des Wahlkampfes in der Hand hat?

Daß der secessionistische „Reichsverein" in Bremen sich dafür entschieden hat, den gut freihändlerischen, aber den Verbande der nationalliberalen Fraction noch wie vor angehörenden Reichstagsabgeordneten Meier (Schaumburg-Lippe) als Candidaten für die neuen Wahlen aufzustellen, ist ein vollgültiges erfreuliches Anerkenntniß dafür, daß die Scheidewand zwischen der alten Partei und dem abgezweigten Theile keine unüberspringliche ist, daß die wirthschaftlichen Ziele der Secessionistengruppe sehr wohl auch vertreten werden können auf dem Boden der ungetrennten politischen Partei. Hier scheint uns in der That einmal ein wirklich praktischer Schritt im Sinne der einigen und starken liberalen Partei geschehen zu sein, welche man noch immer da suchen will, wo man sie nie finden kann, ohne sein eigenes Selbst zu opfern: im Anschluß an die Fortschritts-Demagogie.

Aus Berlin wird officiös gemeldet: „Die Absicht, in Prag ein deutsches Consulat zu errichten, wovon mehrfach gesprochen wurde, existirt nicht. — Das Oberseeamt beabsichtigt eine amtliche Untersuchung des Schraubenbruchs der „Vandalia", um festzustellen, ob ein bloßer Unglücksfall vorliegt, oder ob die betreffende Gesellschaft die Prüfung des Dampfers vor der Indienststellung vernachlässigte." Die letztere Nachricht wird in Deutschland allgemein mit Freuden begrüßt werden.

Endlich veröffentlicht der „Preußische Staatsanzeiger" die Ernennung des Herrn v. Wolff zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen. Niemals wohl ist eine amtliche Mittheilung weniger überraschend gekommen, als diese, auf welche die politische Welt schon seit Monaten vorbereitet war. In Magdeburg hatte man sich übrigens schon aus inneren Gründen längst auf ein anderes Regiment gefaßt gemacht. Der Vorgänger des Herrn v. Wolff, Herr v. Patow, gehörte bekanntlich zu den Ministern der liberalen Aera und war ein Gegner der Wirthschaftsreformpolitik des Kanzlers.

Paul Lindau, der jüngst dem Grafen Wilhelm Bismarck im „Pester Lloyd" ein Loblied sang, hat in seinem Sommeraufenthalt Baden bei Wien die Ehre, den Besuch des jungen Parlamentariers auf dessen Durchreise nach den südungarischen Herkulesbädern zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß ebenso groß wie die Intimität zwischen dem Grafen Wilhelm und Paul Lindau diejenige zwischen dem Grafen Herbert und Rudolf Lindau ist, und daß die Freundschaft zwischen den beiden „Häusern" von dem Eintritt des letzteren in den Dienst des Auswärtigen Amts datirt.

Mit einer gewissen Hartnäckigkeit erhält sich das Gerücht von einer Begegnung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Baron Haymerle. Es kann demgegenüber nur constatirt werden, daß in wohlunterrichteten Kreisen von einer derartigen Begegnung bis jetzt nichts bekannt ist, daß man aber die Nachricht in die Rubrik derjenigen verweist, welche das seltene Glück haben, hinterher durch die Thatsachen bestätigt zu werden, obwohl sie an und für sich erfunden waren. Baron Haymerle weilt gegenwärtig im Bade Neuenahr bei Coblenz, und wenn er dem Fürsten Bismarck auf der Rückreise in die Heimath einen Höflichkeitsbesuch in Kissingen abstatten sollte, so hätten die Propheten wenigstens einen äußeren Anlaß, sich ihres „Eingeweihtseins" zu rühmen.

Die Zustände in Böhmen verdüstern sich immer mehr. Der Leiter des Justizministeriums, Dr. Prazak, hat, wie das „B. T." aus Prag meldet, die Staatsanwaltschaften in ganz Oesterreich angewiesen, keinerlei Publication zu dulden, welche geeignet wäre, die „Böhmen" (Czechen) zu beleidigen oder gegen die „böhmische Nation" aufzureizen. Auf Grund dieser Weisungen werden alle deutschen Blätter confiscirt, die irgend etwas veröffentlichen, was den Czechen nicht genehm ist, und auf Grund eben dieser Weisungen hat man alle Resolutionen und sonstigen Kundgebungen, die anläßlich der Prager Excesse von Deutschen ausgingen, mit Beschlag belegt. Der Landsmannminister Prazak wacht sorgfältig über die Czechen und er kurbelt rücksichtslos die deutsche Presse. — Am Sonntag fand in Purkersdorf, einem etwa eine Bahnstunde von Wien entfernten Flecken, eine öffentliche Wanderversammlung des Deutschen Vereins in Wien statt. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der politischen Lage mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse in Prag. Der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Ernst Vareuther hielt die Einleitungsrede. Den Wiener Blättern ist es durch die jetzt übliche rücksichtslose Handhabung des Confiscations-Apparats unmöglich gemacht, über die Versammlung zu berichten. Wie „W. T. B." aus Wien meldet, sind nun die „Presse", das „Fremdenblatt", die „Deutsche Zeitung", das „Extrablatt", die „Wiener Allgemeine Zeitung" und die „Tribüne", welche bezügliche Referate enthalten, mit Beschlag belegt worden. Man hält es in Wien nicht für möglich, in dieser Weise auf die Dauer zu regieren; das Verhalten der Regierung der Presse gegenüber ist mehr gemacht, die Aufregung der Gemüther zu erhalten als alle Reden, die geredet werden mögen.

Die Tübinger Studentenschaft hat bekanntlich in einer allgemeinen Studentenversammlung eine Resolution zu Gunsten der Prager deutschen Commilitonen beschlossen. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Die letzten Prager Vorgänge haben den allgemeinsten Abscheu erregt. Die Tübinger Studentenschaft erhebt daher feierlichen, entschiedenen und lauten Protest gegen die Vergewaltigung deutscher Studenten seitens der czechischen Bevölkerung Prags. Muß jeder Gebildete an und für sich dieses Treiben verurtheilen, wie viel mehr sind wir als deutsche Stammesbrüder genöthigt, wir, denen die Erhaltung der ältesten deutschen Universität am Herzen liegen muß, unserer tiefsten Entrüstung Ausdruck zu geben. Die Versammlung spricht ferner die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, in Zukunft derartigen gegen das Deutschthum gerichteten Angriffen vorzubeugen. Sie versichert ihrer dortigen Commilitonen, daß die ziesige Studentenschaft ihnen ihre vollste Sympathie entgegenbringt, und giebt sich schließlich der festen Ueberzeugung hin, daß der von hier zuerst ausgegangene Ruf bei der gesammten deutschen Studentenschaft lauten Widerhall und allseitige Nachahmung finden werde, damit man jenseits des Böhmerwaldes und des Erzgebirges sehe, die deutsche Studentenschaft sei auch jetzt noch ein Schutz und Hort für Pflege und Ausbildung deutscher Wissenschaft, deutschen Wesens, deutschen Geistes. Die allgemeine Studentenversammlung spricht den Willen aus, daß diese Resolution sowohl in deutschen und österreichischen Zeitungen, als auch an den sämmtlichen anderen deutschen Hochschulen bekannt gemacht und weiterhin den deutschen Studirenden in Prag zur Kenntnißnahme gebracht werde.

Man darf hoffen, daß sämmtliche Universitäten deutscher Zunge in gleicher Weise vorgehen und ihrem Abscheu vor der Vergewaltigung des Deutschthums in Oesterreich durch den czechischen gebildeten und ungebildeten Pöbel entschiedenen Ausdruck geben werden.

Der Telegraph vermittelt fast täglich Hiobsposten aus Afrika nach Paris und selbst französische Blätter entwerfen von den Zuständen in Algerien die düstersten Schilderungen. Im „Figaro" wird unter der Ueberschrift „Algerien in Gefahr" von einem Augenzeugen berichtet, wie wenig die Franzosen gegen eine Schilderhebung der Araber gerüstet sind. Nicht nur ist vernachlässigt worden, das Gebiet des Tell in angemessener Weise zu befestigen, sondern die wenigen befestigten Puncte der Linie Sabdu, Daya, Saida, Frenda weisen auch eine so ungenügende Besatzung auf, daß von dort aus kaum Detachements abgesandt werden können, um die Razzias der Araber zu verhindern. Der Specialcorrespondent des „Figaro" verweist auf Deutschland, welches nach der Eroberung von Elsaß-Lothringen sich beeilt habe, seiner Position gegenüber der Bevölkerung durch die Fortification den erforderlichen Nachdruck zu geben. Dies sei aber den Arabern gegenüber um so mehr geboten, als dieselben nur durch Kanonen, welche das Terrain weithin beherrschen, im Schach gehalten werden können, während die einzelnen operirenden Colonnen, wie das Beispiel Bu-Amema's beweist, nur dazu da sind, umgangen zu werden. Liegt aber dieser principielle Fehler bei der Militairverwaltung Algeriens vor, so können die Personalveränderungen der jüngsten Zeit nicht hinreichen, dem gegenwärtigen bedrohlichen Zustande ein Ende zu machen, zumal die Franzosen auch in Tunesien neuerdings wieder aufs Ernsthafteste engagirt werden. Mit dem Bombardement von Sfax und der Besetzung einiger weiterer Puncte des östlichen Tunesien läßt sich der dortige Aufstand nicht dämpfen. Vielmehr wird derselbe dann an einer anderen Stelle ausbrechen, so daß den Franzosen nichts übrig bleiben wird, als den Feldzug im großen Stile zu führen, wozu allerdings die gegenwärtig heiße Jahreszeit sehr wenig einladet. Der ganze Ernst der Lage erhellt aus der Meldung, daß das für Gabes bestimmte Panzergeschwader am Montag aus Toulon ausgelaufen und General Logerot in La Goletta angekommen ist und das Commando über die Truppen in Tunis übernehmen wird. Was nun Bu-Amema speciell anbetrifft, so erregte die Thatsache, daß er wiederum durch die französische Colonnen hindurchgeschlüpft ist und nach dem Tell entkam, in Paris lebhafte Mißstimmung und neue heftige Angriffe gegen die Militairbehörden. Gleichzeitig wird der Unwille noch gesteigert durch theils sich widersprechende, theils sichtlich die Wahrheit verheimlichende officielle Depeschen. Privat-Telegramme des „Temps" lassen die Vereinigung Bu-Amema's mit Si Sliman und Si Allal, zwei großen marokkanischen Scheiks, und damit eine gefährliche Ausdehnung des Aufstandes befürchten. Bu-Amema hat in einem Briefe an General Detrie, der von diesem an den General-Gouverneur übermittelt worden ist, den Vorschlag zum Austausch der Gefangenen gemacht, er will einen Europäer gegen zehn Araber ausliefern.

Paula Mink, eins der größten Gestirne am französischen Communistenhimmel, ist wiederholt mit der Polizei und den Gerichten in unangenehme Berührung gekommen. Nach ihrer letzten Verurtheilung in Marseille wurde ihr von der Behörde bedeutet, daß sie als Ausländerin (Polin) im Wiederholungsfalle aus Frankreich ausgewiesen werden würde. Darauf hat sie aber jetzt öffentlich erklärt, daß sie es darauf ankommen lassen werde; denn „die Frauen in Frankreich haben die Nationalität ihres Mannes. Ich werde mich also mit einem Franzosen verheirathen, um die Rechte einer Französin zu erlangen, um mit noch mehr Muth und Nachdruck den Kampf für die Rechte des Volkes fortzusetzen. Wir werden ja sehen, ob man mich dann wird austreiben können?" Ob sich wohl ein Franzose bereit finden lassen wird, diese alte blut- und petroleumdürstige Megäre zu ehelichen?

Europa kann ruhig sein, denn die andorresische Frage hat zu existiren aufgehört. Die kleine, jedoch streitbare Republik, in der es sechs lange Monde gährte und brodelte, hat ihr überquellendes Kraftgefühl endlich bemeistert. Die wackeren Andorresen hatten sechs Wochen hindurch der doppelten Blokade der französischen und spanischen Truppen ungebrochenen Widerstand geleistet, bis sie denn doch zur Ueberzeugung gelangten, daß aller Enthusiasmus für sich allein nicht ausreiche, es mit wohlausgerüsteten und überlegenen Truppen aufzunehmen. Die Blokirten kündigten daher den beiden Regenten ihren Entschluß an, sich unter der Bedingung vollkommener Straflosigkeit ergeben zu wollen. Der Antrag wurde jedoch wegen dieser Clausel von den beiden Regenten abgelehnt. Dies Ergebniß hatte nun eine Spaltung im eigenen Lager der Andorresen zur Folge. Während ein Theil derselben zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen war, sprach sich die Gegenpartei für die unbedingte Uebergabe an die Belagerer aus. 400 Mann der letzteren Partei ergriffen denn auch die Waffen, um ihre andersdenkenden Mitbürger zu terrorisiren. Es folgte nun eine Reihe von Kämpfen, in deren Verlaufe es auf beiden Seiten Verwundete gab und Gefangene gemacht wurden. Schließlich siegten die Vertreter des gesunden Menschenverstandes über die Gegner desselben, und Mitte Juni unterwarfen sich beide andorresischen Lager der legalen Autorität der beiden Regenten. Der Delegirte vom Urgel begab sich hierauf nach Andorra la Vieja, um mit den französischen Regenten die Maßnahmen für die endgültige Pacificirung Andorras zu berathen und festzustellen. Auch in Madrid fand unter dem Vorsitze des Königs Alfonso ein Ministerrath statt, in welchem diese Frage in endgültiger Weise erörtert wurde. Allem Anscheine nach dürfte eine andorresische Frage kaum so bald wieder in der politischen Tagesgeschichte auftauchen und einen Weltbrand befürchten lassen.

In Belgien wird die Frage der Wahlreform von allen Parteien auf das Eifrigste discutirt und die Wogen der Erregung gehen um so höher, je näher die Entscheidung herannrückt. Am letzten Freitag hat die Kammer die Dis-